

28.05.13 | Migration

Merkel hält den Begriff "Integration" für veraltet

Bundeskanzlerin plädiert für mehr Teilhabe und Respekt. Einen Zwischenbericht zum Stand des "Nationalen Aktionsplans" bleibt die Regierung beim sechsten Gipfel schuldig, findet das aber nicht schlimm.

Von Claudia Ehrenstein

Maria Böhmer (CDU), die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung, lächelt zufrieden. Zweieinhalb Stunden hat der [Integrationsgipfel](http://www.welt.de/13844886) (Link: <http://www.welt.de/13844886>) im Kanzleramt gedauert.

Mehr als 120 Vertreter aus Bund, Ländern, Kommunen, Migrantenverbänden, Gewerkschaften, Wohlfahrtsverbänden und Religionsgemeinschaften haben darüber diskutiert, wie Menschen mit Migrationshintergrund die Eingliederung in die deutsche Gesellschaft erleichtert werden kann.

Gerade hat die Pressekonferenz begonnen. Zu Böhmers Linken spricht Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) von der "Zuwanderung als Chance und Bereicherung". Die Gesellschaft müsse eine "bestimmte geistige Offenheit" entwickeln. Merkel erklärt auch, der Begriff "Integration" sei nicht mehr zeitgemäß. Vielmehr gehe es um Teilhabe, Partizipation und Respekt.

Rechts von der Integrationsbeauftragten sitzt Viktor Ostrowski vom Bundesverband russischsprachiger Eltern, der Akademiker in Arbeit vermittelt und sich bei Böhmer dafür bedankt, einen integrationspolitischen Dialog angestoßen zu haben.

Zu wenige Migranten kümmern sich um Berufsausbildung

Es ist bereits das sechste Treffen dieser Art. Es geht um die Integration von Migranten in den deutschen Arbeitsmarkt. Laut der [Bundesagentur für Arbeit](http://www.welt.de/115891836) (Link: <http://www.welt.de/115891836>) (BA) hatte im Dezember 2012 jeder dritte Arbeitslose einen Migrationshintergrund. Der Anteil an der Gesamtbevölkerung ist jedoch gering: Nur jeder Fünfte hat hierzulande ausländische Wurzeln.

Es geht auch um die Frage, wie es gelingen kann, mehr Menschen mit Migrationshintergrund für die Arbeit im öffentlichen Dienst etwa als Lehrer oder Polizist zu begeistern.

Noch immer absolvieren viel zu wenige Migranten eine Berufsausbildung. So liegt der Anteil Arbeitsloser mit Migrationshintergrund ohne abgeschlossene Berufsausbildung bei 52 Prozent und damit leicht über dem Anteil derjenigen ohne Migrationshintergrund (48 Prozent).

Eine gute Ausbildung aber gilt als Türöffner für den Erfolg am Arbeitsmarkt. Sobald eine Ausbildung abgeschlossen wurde, sinkt der Anteil derjenigen mit ausländischer Herkunft unter den Arbeitslosen jedoch: Bei Erwerbslosen mit abgeschlossener betrieblicher oder schulischer Ausbildung liegt ihr Anteil nur bei 18 Prozent.

Ritual ohne konkretes Ergebnis

Auch in diesem Jahr eilt dem Integrationsgipfel der Vorwurf voraus, nicht weiter als ein Ritual ohne konkretes Ergebnis zu sein. Tatsächlich fällt der angekündigte Zwischenbericht zum "Nationalen Aktionsplan Integration" aus und wird auf das kommende Jahr verschoben.

Doch Fortschritte in der Integration sind ohnehin nur schwer messbar. Sie erfolgen vor Ort in den Kommunen, in den Schulen, in den Vereinen und auf den Marktplätzen, oft kaum merklich und in kleinen Schritten. Und doch stellt Böhmer zuversichtlich fest, einen "gesellschaftlichen Klimawandel" zu beobachten. Kulturelle Vielfalt werde als "Standortfaktor" erkannt und mache Deutschland für Zuwanderer immer attraktiver. Allen voran die

Ausländerbehörden möchte sie zu Service-Centern ausbauen, um die Ankunft in Deutschland freundlicher zu gestalten.

Zwei Drittel komme aus EU-Staaten

In den vergangenen Jahren hat es einen deutlichen Anstieg der Zuwanderung nach Deutschland gegeben, vor allem aus der Türkei und Polen. (Link: <http://www.welt.de/108501063>) Seit Beginn der Wirtschaftskrise kommen vermehrt jung und sehr gut ausgebildete Arbeitskräfte aus Südeuropa. Insgesamt zwei Drittel der Migranten stammen aus der Europäischen Union.

Und Böhmer will sich auch um diese EU-Bürger verstärkt kümmern, sie bei der Organisation des Alltags unterstützen und ihnen Angebote machen, Deutsch zu lernen. Rechtsansprüche auf Integrations- und Sprachkurse richten sich bislang an Zuwanderer aus Drittstaaten. Die von Böhmer immer und immer wieder eingeforderte "Willkommenskultur" soll sich an alle Neuankömmlinge richten.

Seit 2005 ist Böhmer jetzt Integrationsbeauftragte. Das Wort "Einwanderungsland" geht ihr längst wie selbstverständlich über die Lippen. Mit der Bundestagswahl endet eine weitere Amtsperiode. In dieser Zeit war sie eine der treibenden Kräfte, als es darum ging, ein Anerkennungsgesetz für im Ausland erworbene Berufsabschlüsse durchzusetzen.

Qualifikation aus Heimatland schneller geprüft

Zuwanderer aus Drittstaaten haben jetzt einen gesetzlichen Anspruch, dass die Qualifikation aus ihrem Herkunftsland innerhalb von drei Monaten überprüft wird. Hamburg, Niedersachsen, Mecklenburg-Vorpommern, Hessen, Nordrhein-Westfalen und das Saarland haben bereits entsprechende Landesgesetze verabschiedet. Die doppelte Staatsbürgerschaft lehnt Böhmer ebenso wie die Kanzlerin ab, weil sie keinen Beitrag zu einer besseren Integration leiste.

Böhmer hat sich dafür eingesetzt, die Zuwanderung für hoch qualifizierte Arbeitskräfte aus Nicht-EU-Staaten zu erleichtern. Die Gehaltsmindestgrenze für eine Blue Card (Link: <http://www.welt.de/115312804>) wurde 2012 um 20.000 Euro auf ein Jahresgehalt von 44.800 Euro herabgesetzt, den deutschen Arbeitsmarkt auch für Berufseinsteiger attraktiv macht.

Bei sogenannten Mangelberufen wie etwa Ärzten und Ingenieuren liegt die Gehaltsgrenze sogar nur bei 35.000 Euro im Jahr. Böhmer hat mit dazu beigetragen, dass ausländische Studenten nach dem Abschluss ihres Studiums in Deutschland nun 18 statt bislang zwölf Monate Zeit haben, sich einen Arbeitsplatz zu suchen.

Wie gestaltet man eine Einwanderungsgesellschaft?

Der Berliner Migrationsforscher Klaus Bade lobt Böhmer, sie habe beharrlich "dicke Bretter" in der Integrationspolitik gebohrt. Dass Deutschland ein Einwanderungsland sei, werde kaum noch bestritten. Die Politik stehe vor der Herausforderung, eine Einwanderungsgesellschaft zu gestalten.

Bade fordert, die Ängste vieler Menschen vor dem Fremden ernst zu nehmen und abzubauen. Denkbar wären Integrationskurse auch für Deutsche. Von der Kindergärtnerin bis zum Friedhofsgärtner hätte so jeder die Chance, den einwanderungsbedingten Kulturwandel besser zu verstehen.